Abonnement vom Kaiserhause: Montag, Mittw. u. Sonnab. 4–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 9–½ 1 u. 11–1 Uhr Mittags. Für Neustadt: Mr. Mittwochs u. Sonnabends bis 3 Uhr Nachm.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 15 Pfg., für Montags oder nach Sonntags 20 Pfg. Unterm Strich (Einge.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen Annoncen-Expeditionen entgegen, ohne daß wir für die Aufnahme solcher Ankündigungen eine Verbindlichkeit übernehmen.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Hustenmittel mit und ohne Zucker:
Malzextrakt-Bonbons, echte: bekömmlich, wohlschmeckend, zuverlässig. Pckg.: 20, 25, 40 Pf. **Röst-Maltin,** Kugeln aus Malzextrakt-Schaum, zuckerfrei; unter Wärme, daher energisch schleimlös. Dos. 30 Pf. (Patentgl. zu 1½ L M. 2,20) i. d. Apoth. — J. Paul Liebe, Dresden.

Größtes **Schuhlager Dresdens**
Fernsprecher Nr. 1099.
Alle denkbaren Sorten.
Sächs. Schuhmacherei **Voigt**
An der Kreuzkirche 1 b (2. Haus vom Altmarkt) und **Hauptstrasse 28.**

Franz Pillnay
Fabrik zweckentsprechender Lacke für alle Branchen
Dresden-Neustadt.

Costümfabrik Max Jacobi,
Dresden-A., 26 Galeriestrasse 26 (Telephon 389).
Lieferant der grösseren Theater Berlins.
Verleihanstalt aller Arten Costüme vom billigsten bis zum elegantesten Genre, Nationaltrachten aller Art, sowie historische Costüme jeden Zeitalters. Lieferungen für auswärts werden prompt ausgeführt.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Neuheiten in eleganten deutschen und englischen Anzugs- und Ueberzieher-Stoffen
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse, Marienstrasse 20** („Drei Raben").

Nr. 14. Spiegel: Begründung der Militärvorlage durch den Reichskanzler. Hofnachrichten, Stadtverordnetensitzung. Freifrau von Marenholtz-Bülow †, Colonialverein, Gerichtsverhandlungen. Kgl. Conservatorium. | **Sonnabend, 14. Januar.**

An unsere Leser!

Um den zahlreichen Nachfragen nach dem ausgezeichneten **Kaemmel**'schen **Geschichtswerk,** welche auch jetzt noch an uns gelangen, zu genügen, theilen wir mit, dass wir die uns bereits zugegangenen und bis **zum 20. dieses Monats** noch zugehenden Bestellungen berücksichtigen werden, spätere Bestellungen zu dem ermässigten Preis aber unausführbar sind.

Bis zum 20. d. Mts. können unsere Leser die

„Deutsche Geschichte"

von

Prof. Dr. **Otto Kaemmel,**

Rector des Nicolai-Gymnasiums zu Leipzig,

in tadellos **neuen Exemplaren,** in **elegantem dauerhaften Einband** von unserer Geschäftsstelle

zum Preise von 8 Mk.

(excl. Porto) beziehen.

Gegen Einsendung des Betrags und Portos (50 Pfg.) erfolgt die Versendung umgehend.

Die Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".

Politisches.

Alles in Allem tragen die Erörterungen des Reichstages über die neuen Steuern einen rein akademischen Charakter, so lange das Schicksal der Militärvorlage nicht entschieden ist. Es ist mehr eine Unterhaltung über Prinzipien, als über praktische Maßnahmen; erst dann, wenn es klar geworden, welchen Umfang die neuen Rüstungen annehmen sollen, wird aus der grauen Theorie der Praxis goldener Baum emporsprießen. Das ist aber schon jetzt klar, daß selbst bei der Annahme der drei B's, der Branntwein-, Brau- und Börsensteuer, der volle Betrag der nothwendig werdenden Mehrkosten auch nicht annähernd gedeckt ist, daß dann erst recht die weitere Frage lauten wird: Wo soll das Geld herkommen? Ja, wäre es Zweck und Absicht der heutigen Männer, die Börse scharf unter die Scheere zu nehmen, so würde sich Mancherlei ändern. Wenn es, was bei einigem guten Willen leicht wäre, der Spekulation, dem Differenzgeschäft an den Leib ginge, unter voller Schonung des soliden Börsengeschäfts, dann würde das schwerste Bedenken fallen und die Vorlage würde zum guten Theil wahrhaft populär werden. Wenn ein Krieg ausbricht, dann ziehen wir hinaus und setzen Leib und Leben ein und die Börse verdient Millionen; mag sie jetzt für uns die zweijährige Dienstzeit bezahlen und mit ihrem Gelde die volle Ausnutzung der Wehrpflicht ermöglichen!

Vorläufig muß das Hauptinteresse sich auf die weitere Entwickelung der jetzigen Zustände nach der positiven Seite hin erstrecken, wie sie zunächst in der Militärkommission zu Tage tritt. Dieselbe ist bereits in die Generaldebatte eingetreten, hat sich jedoch, da inzwischen die mitternächtliche Stunde hereinbrach, nach einer langen Rede des Kanzlers zunächst vertagt. Diese Rede des Kanzlers aber bildet vorläufig das bedeutungsvollste Moment der Lage, zumal sie, wie angekündigt worden war, einen Ueberblick ermöglichen sollte über all die Motive, die bei der Einbringung der Militärvorlage maßgebend waren. Die Rede ist nur in ihren Hauptzügen veröffentlicht worden — bedauerlicherweise, denn je eingehender die Kenntniß, desto überzeugender vielleicht die Gründe —; man ist daher angewiesen auf die mitgetheilten Grundgedanken und muß an ihrer Hand die Erörterung weiterführen. Diese Grundgedanken entstammen aus drei Richtungen. Die Rede beschäftigte sich zuerst und am Ausführlichsten mit der auswärtigen Politik, sie kritisirte alsdann unsere militärische Leistungsfähigkeit im Vergleich zu den anderen Staaten und erörterte zum Schluß die Forderungen, welche die Politik an die Armee zu stellen habe.

Man wird schon bei dieser einfachen Mittheilung der Disposition einen Haupttheil, wie leider bisher stets, vermissen, die Erörterung der volkswirthschaftlichen Möglichkeit und der volkswirthschaftlichen Folgen. Es sprach hauptsächlich der Militär, der ja im Kanzler den Volkswirth so ziemlich erstickt. Außerdem sprach aber auch der Minister des Auswärtigen, der Diplomat, der hier den Rechnungsabschluß seiner bisherigen Politik zog. Dieser Abschluß enthielt eine Verleugnung von Manchem, was der Reichskanzler früher als gut und nützlich hingestellt hatte, sie war auch zum guten Theil eine volle Abkehr von den Grundzügen der Bismarck'schen Politik. Das trifft vor Allem in der Auffassung von Kronstadt als der Herstellung des europäischen Gleichgewichtes, das trifft aber auch vollständig in der orientalischen Frage zu. Ganz richtig sagt die „Nat.-Ztg." zu den betreffenden Ausführungen des Kanzlers: „Konstantinopel haben wir überhaupt nicht zu vertheidigen, und die „Großmachtstellung Oesterreichs", die in der That ein deutsches Interesse ist, wird am besten durch eine von Deutschland vermittelte Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland gewahrt. Die deutsche Politik darf nicht in dem einzigen Gedanken Dreibund und möglichst viel Soldaten bestehen". Und in der That hat die Abkehr von Bismarck's Politik der zwei Eisen im Feuer, die Neigung, für Englands Interessen zu arbeiten, die Bereitwilligkeit, jeden Alarmruf im Balkan aufzunehmen, die jetzige Lage und im letzten Grunde die Nothwendigkeit der Militärvorlage verschuldet. Sie ist ein Kind diplomatischer Irrthümer. Was speziell die Orientfrage betrifft, so wissen wir ja selbstverständlich nicht, welche besonderen Verpflichtungen unserem Bundesgenossen Oesterreich gegenüber bei der Erneuerung des Dreibundes in der Balkanfrage eingegangen worden sind, aber die Bemerkungen des Kanzlers über die Wirkung einer russischen Diversion nach Konstantinopel deuten darauf, daß wir in der Orientfrage engagirt sind und daß wir den gesunden Grundsatz, wonach Bulgarien nebst den angrenzenden Ortschaften uns Hekuba ist, leider, leider aufgegeben haben. Richtig ist auch die Charakteristik der Methode des Grafen Caprivi, welche die „Börsen-Ztg." giebt: „Daß sich die Ausführungen des Kanzlers in der Kommission durch Offenheit auszeichneten, soll nicht verschwiegen werden. Aber diese Offenheit unterscheidet sich von der mit Recht bewunderten Bismarck'schen neuen diplomatischen Schule doch in einem wesentlichen Punkte. Man wird sich erinnern, daß Fürst Bismarck die Welt durch die Offenheit überraschte, mit der er seine „Blut- und Eisen-Politik" inaugurirte, mit der er Oesterreich rieth, den Schwerpunkt nach Osten zu verlegen. Fürst Bismarck war eben offen in Betreff der Ziele der preußischen resp. deutschen Politik, während Graf Caprivi in seiner Offenheit soweit geht, der momentanen politischen Lage der Franzosen das Horoskop zu stellen. Ferner weist der Reichskanzler unverblümt darauf hin, daß Rußland nach Konstantinopel strebe. Das vermuthet alle Welt, und sämmtliche orientalischen Kriege im letzten Jahrhundert gingen wahrscheinlich von diesem Bestreben aus. Aber es ist doch für die russische Auffassung eine andere Sache, ob eine solche Vermuthung in Presse und Lehrbüchern wiederkehrt oder ob der Kanzler eines befreundeten Reiches in der Reichstagskommission mit positiver Gewißheit von politischen Plänen spricht, die doch ernstlich Niemand kennen kann, als die betreffende, dem Frieden als gefährlich hingestellte Regierung." Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn im Anschluß hieran noch politische Noten aus Paris oder Petersburg herüberfliegen.

Hält man nun aber auch daran fest, daß die jetzige Lage die Folge verhängnißvoller Fehler seit der Entlassung Bismarck's ist, so kommt man zu dem Resultat, das wir seit Monaten als nothwendig anerkannten: Es muß eine Verstärkung unseres Heeres als Ersatz für die politischen und diplomatischen Mißerfolge eintreten, sie kann nur erfolgen in der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, und es bleibt nur zu erwägen, ob diese Durchführung auf einen Schlag möglich, ob sie etappenweise oder in anderer Form vorzunehmen ist. Der bisherige Verlauf der Steuerberathung konnte die Zweifel nur festigen. Deshalb muß man plaidiren für eine Verständigung im Sinne der Bismarck-Verdy'schen Pläne auf Grund einer neuen Vorlage. Aber auch wenn an den Prinzipien des jetzigen Planes festgehalten wird, so müssen beide Theile nachgeben, und deshalb halten wir die bisher geübte Art, wie die Vorlage vertheidigt, wie „Alles oder gar nichts" verlangt und schließlich sogar mit Drohungen gearbeitet wurde, für schädlich und zwar für schädlich, weil es der Vorlage nichts nützte und im Volke ärgerte und verletzte. Daß eine Verständigung zu erzielen ist, darf man nicht bezweifeln; in drei offiziösen Blättern, in der „Schles. Ztg.", im „Hamb. Corr." und in der „Köln. Ztg.", hat die Regierung bereits angedeutet, daß sie einen annehmbaren Ausweg für möglich halte. Warum ist das nicht früher gesagt worden? Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Eine bedeutende Verstärkung des Friedensheeres über die gegenwärtige Präsenzzahl hinaus wird kein Patriot ablehnen, aber sie darf nicht über die Grenze des Möglichen hinausgehen, und diese Grenze liegt zweifellos in der wirthschaftlichen Lage.

Die „Nationalzeitung" bringt in ihrer Darlegung über den jetzigen Stand der Dinge eine reservatio, die volle Beachtung verdient; sie deckt sich mit dem Kern obiger Ausführungen: „Wir halten fest an der Auffassung, daß die Verstärkung des deutschen Heeres nicht etwa als ein Mittel angesehen werden und wirken darf, eine ideenlose auswärtige Politik zu ermöglichen und die Selbstzufriedenheit der Leiter einer solchen im Hinblick auf eine große Armee zu befestigen." Die Militärvorlage, das darf nicht vergessen werden, steht im engsten Zusammenhange mit unserer auswärtigen Politik, und, richtig aufgefaßt, sind die Leute, die am kräftigsten für die ungeheure Verstärkung der Quantität des Heeres eintreten, die schärfsten Verurtheiler der Diplomatie des neuen Kurses.

Li—.

Feruschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. Januar.

Berlin. Der **Reichstag** setzte die Berathung der sozialdemokratischen Nothstands-Interpellation fort. — Abg. Dr. Barth (freis.) vertheidigt die Bergbehörde des Saarreviers gegenüber dem Abg. Frhrn. v. Stumm. Das von diesem empfohlene schneidige Verfahren würde eine große Unbesonnenheit gewesen sein. Eine solche Schneidigkeit wäre im modernen Staate nicht am Platze. Wenn ein solcher Streik ohne materiellen Anlaß ausbreche, so müsse doch etwas faul in dem Verhältniß zwischen Arbeitern und Bergbehörde sein. Bei Soldatenmißhandlungen berufe man sich immer auf Mangel von direkten Beschwerden, obgleich den Leuten doch der Beschwerdeweg thatsächlich abgeschnitten sei. Etwas Aehnliches dürfte auch hier vorliegen. Der organisirte Arbeiter sei weniger gefährlich als der nicht organisirte; eine organisirte Arbeiterschaft unternehme nicht einen so ganz aussichtslosen Streik. Die von den Sozialdemokraten geforderte Kollektiv-Wirthschaft habe sich noch nie bewährt, wie die Vorgänge in den fiskalischen Bergwerken und bei den Staatsbahnen zeigten. Der sozialdemokratische Vorschlag, dem Arbeitsmangel nöthigenfalls auch durch Bereitstellung unnützer Arbeiten abzuhelfen, hieße der Noth durch Verschwendung begegnen. Der Protektionismus führe allerdings zu Nothständen, die eher zur Korruption führen. Der Panamaskandal sei auf dem Mistbeete des Protektionismus erwachsen und bezeichnend sei, daß allein der Führer der Freihändler in Frankreich Leroy-Beaulieu erhobenen Hauptes über dem Skandal stehe. Um dem Nothstand zu begegnen, müsse man mit dem verwerflichen Protektionismus brechen. Die ganze Bismarck'sche Wirthschaftspolitik tauge von Grund aus nichts; wenn die Debatte über die Interpellation dazu beitrage, daß diese Erkenntniß durchdringe, so werde sie sehr nützlich gewirkt haben. — Abg. Graf Kanitz (kons.): Die Entvölkerung des platten Landes und die Uebervölkerung der Großstädte haben naturgemäß zu großen Unzuträglichkeiten führen müssen, eine Thatsache, auf welche die Konservativen immer hingewiesen. Die Bergbehörde im Saarrevier habe sich von vornherein einem zu großen Optimismus hingegeben. Zur Erklärung des Streikes bleibe kaum etwas Anderes übrig, als daß die Bergbehörde der sozialdemokratischen Agitation gegenüber eine zu große Nachsicht bewiesen habe. Man spreche von Unterhandlungen mit den Streikenden. Worüber solle denn unterhandelt werden? Der Kaiser sagte selbst, daß die Bergleute nicht den geringsten Grund zur Unzufriedenheit hätten. Welche Concessionen sollen denn noch gemacht werden? Es ist nur dringend zu wünschen, daß die Bergbehörde strenge Disziplin übe. Die Uebervölkerung der Großstädte und die Entvölkerung des platten Landes werde nach jeder Richtung gefördert; man bewillige in den Städten öffentliche Mittel, um die Arbeitslosen zu beschäftigen, anstatt sie auf das Land zurückzuschicken, wo es an Arbeitskräften fehlt. Es sei so viel über die Nothwendigkeit billiger Getreidepreise im Interesse des armen Mannes gesprochen worden, nun haben wir billige Getreidepreise, so, daß die Landwirthschaft nicht dabei bestehen könne und dennoch diese Interpellation. Der Interpellant führt die Noth des kleinen Gewerbes an, die Sozialdemokraten aber widersetzten sich allen Anträgen zur Hebung des Handwerks. So lange auf dem Lande Mangel an Arbeitern bestehe, könne er eine Nothwendigkeit des Eingreifens des Reichs zur Beseitigung des Nothstandes nicht anerkennen. Wollen die Sozialdemokraten Nothstände verhindern, so mögen sie ihren Einfluß aufbieten, um dem Arbeitermangel auf dem Lande abzuhelfen. — Abg. Pfähler (nat.-lib.) verbreitet sich eingehend über die Nothwendigkeit einer strengen Disziplin in den Bergwerken. — Abg. Auer (Soz.) giebt Ziffern über die Zahl der Arbeitslosen in verschiedenen Orten Deutschlands. Die Minister seien schlecht unterrichtet, wenn sie sagten, daß ein Nothstand nicht bestehe, freilich bis in die Ministerhotels sei derselbe noch nicht vorgedrungen; auch die Berichte der Fabrikinspektoren bewiesen das Vorhandensein des Nothstandes. Minister v. Bötticher habe zum Beweise einer Besserung der Lage auf die wieder steigenden Einnahmen bei den Eisenbahnen, der Post und der Telegraphie hingewiesen. Wie komme es denn, daß in diesen Betrieben Lohnherabsetzungen erfolgten? An die Sozialdemokraten sei das Ersuchen gerichtet worden, ihren Einfluß aufzubieten, damit der Streik im Saarrevier bald aufhöre. Die Sozialdemokraten seien dazu außer Stande, wie sie auch keine Verantwortlichkeit für den Streik übernehmen könnten; die dortigen Arbeiter ständen unter dem Einflusse der Herren Stumm und Pfähler, die ja die Vertreter jener Kreise seien. Man werfe den Sozialdemokraten vor, die ganze Produktion zu schädigen; das geflügelte Wort „Billig und schlecht", rühre aber von Reuleaux her. Die Löwe-Affaire sei von Ahlwardt, einem von der Rechten (Widerspruch.), — er sei ja auf dem konservativen Parteitag bis in den Schellenkönig hinein gefeiert worden — aufgewühlt worden und die Freisinnigen hätten dafür, um ihren verletzten Löwen zu rächen, die Krupp'sche Kanonenlieferung zur Sprache gebracht. Da könne man sich doch nicht wundern, wenn die Sozialdemokraten dabei stünden und sagten: das scheint eine nette Gesellschaft zu sein. Mit dem Rechtsschutzverein im Saargebiet habe die sozialdemokratische Partei gar nichts zu thun. Es möchten wohl Sozialdemokraten dabei sein, vielleicht auch im Vorstand, aber die Partei habe keinen Einfluß auf den Verein. Es sei bezeichnend, daß, während in allen Bergwerksgebieten Deutschlands gleichzeitig Streikbewegungen entstanden, in demjenigen bergmännischen Wahlkreis, der von einem Sozialdemokraten, dem Abg. Stolle hier, vertreten werde, in Zwickau, nichts davon bekannt geworden sei. Hier hätten die Sozialdemokraten Einfluß und sie hätten denselben aufgeboten, um in einer Zeit wie der heutigen, den Ausbruch eines Streikes zu verhindern. Frhr. v. Stumm habe keine Ursache, sich über zu milde Behandlung der Sozialdemokraten seitens der preußischen Regierungsorgane zu beklagen. Den Sozialdemokraten gegenüber gelte das Koalitionsrecht schon nicht mehr. Herr v. Stumm würde sich wahrscheinlich auch sehr besonnen haben, den der Bergbehörde ertheilten Rath, die Streikenden definitiv zu entlassen, selbst zu befolgen, das hieße die Henne schlachten, die ihnen goldene Eier lege. Die Arbeiter des Saarreviers seien hauptsächlich durch die Bestimmung der neuen Arbeitsordnung, durch welche zwischen Schlepper und Vollhauer die Zwischenstufe der Lehrhauer eingezogen werde, sodaß ein Bergmann erst nach 9 Jahren Vollhauer werden könne, aufgeregt worden. Minister v. Berlepsch habe gestern hier vier Führern der Bergarbeiter Unterschlagungen zum Vorwurf gemacht. Bisher habe es als anständig gegolten, hier derartige Vorwürfe nicht zu erheben, ehe dieselben durch Rechtsbeschluß erwiesen seien. Es handle sich übrigens um eine Anklage, die sich zwei Jahre zurück datire, doch jetzt seien die Verhaftungen erfolgt. — Minister v. Berlepsch: Er habe nur die Thatsache konstatirt, daß die vier Personen wegen Unterschlagung verhaftet worden seien, dazu sei er berechtigt. — Minister v. Bötticher erklärt: Er habe nicht jeden Nothstand geleugnet, wie Auer behauptet, lokale Nothstände vielmehr ausdrücklich anerkannt. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Dem Vernehmen nach treffen der König von Sachsen, sowie der König von Dänemark am 22. d. M. in Berlin ein, um an den Vermählungsfeierlichkeiten theilzunehmen. — In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages gab Staatssekretär Frhr. v. Marschall Aufklärung über die Verhaftung von Deutschen in Dahomey. Er habe die Hamburger Firmen vor dem Waffenhandel sofort gewarnt. Nach den stattgehabten Verhaftungen sei sofort ein deutsches Kriegsschiff an die Küste gesandt worden, um die deutschen Interessen zu wahren. — Das **Abgeordnetenhaus** begann heute die Berathung der Wahlgesetznovelle. Von den Centrumsrednern wurden die Zugeständnisse der Vorlage für ungenügend erklärt, insbesondere wurde die Einführung der Geheim-Abstimmung gefordert. — Auch heute ist wieder eine Versammlung Arbeitsloser in Schöneberg verboten worden, ohne daß Ruhestörungen stattgefunden haben.

Berlin. Der Kaiser hatte sofort nach seinem heute Vormittag erfolgten Wiedereintreffen aus Karlsruhe eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler. — In Abgeordnetenkreisen will man wissen, die Auflösung des Reichstages sei beschlossene Sache. — Die Oberpräsidenten sind zu Gutachten über die Wirkung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe aufgefordert worden, sowie etwa auf dem Verwaltungswege möglicher Veränderungen. — Prof. Thon in Jena ist vom Bundesrath dem Kaiser für die freigewordene Rathsstelle beim Reichsgericht vorgeschlagen worden. — Dem kaiserlichen Gesundheitsamte sind aus Hamburg zwei neue Choleraerkrankungen gemeldet worden.

Leipzig. Aus polizeilichen Quellen verlautet, daß über 100 junge Mädchen, Frauen, Mütter ꝛc. in den Sittlichkeits-Skandal mit verwickelt sind. In der Nicolaistraße wurde ein Ehepaar verhaftet, das Mädchenhandel für Leipzig und nach Amerika betrieb. Ein Bankier W. und seine Wirthschafterin sind am meisten belastet.

Dortmund. Die Polizei verbot die für heute Nachmittag einberufene große Bergarbeiterversammlung.

Bochum. In dem hiesigen Revier sind zur Frühschicht sämmtliche Belegschaften angefahren

Pfund's fleischfreie (Kalmücken) **Kindermilch.** Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 41 42. Trocken-Fütterung.